

## Neuer Anlauf zur Beitrags-Abschaffung

### **Drei Bürgerinitiativen agieren gemeinsam**

Von Jens Voigt OTZ Zeulenroda 10.01.09

Die Bürgerinitiativen von Zeulenroda-Triebes (BIZ), Pößneck (BIRSO) und Hirschberg/Gefell wollen künftig enger zusammenarbeiten, die gegenseitige Information verbessern und übergreifende Themen in gemeinsamen Kampagnen angehen. Das versprachen sich am Donnerstag die drei Vorsitzenden Siegmund Borek (BIZ), Wolfgang Kleindienst (BIRSO) und Peter Kösser (Hirschberg/Gefell) bei ihrer ersten gemeinsamen Veranstaltung im Zeulenrodaer Ratskeller vor rund 20 Gästen.

Doch bereits diese Premiere ging über Absichtserklärungen hinaus: Die drei BI's verständigten sich schon weitgehend über einen gemeinsamen neuen Anlauf zur Beseitigung der von ihnen als "Zwangsbeiträge" beurteilten Abgaben für Straßenausbau und Abwasserentsorgung. Demnach soll in den nächsten Tagen ein Aufruf an alle Bürgerinitiativen in Thüringen ergehen, die Kommunal- und Landespolitiker vor den Wahlen unter Druck zu setzen, sich zu einer Abschaffung der Beiträge respektive die Änderung der entsprechenden Gesetze und Satzungen zu bekennen. Angesichts der gegenwärtig anrollenden staatlichen Konjunkturprogramme sei jetzt die Gelegenheit, auf die Mitfinanzierung öffentlicher Infrastruktur durch Grundstückseigentümer zu verzichten und stattdessen ausschließlich auf Steuermittel für diese Aufgaben umzustellen. Damit verbleibe zudem mehr Geld bei den Grundstücksbesitzern, das jene für den privaten Konsum und damit zugunsten überwiegend hiesiger Unternehmen ausgeben könnten.

"Noch im September bei unserer letzten Demonstration vor dem Landtag war seitens der Regierung immer nur vom Sparen die Rede; jetzt aber werden die Schleusen für Milliarden geöffnet", beschrieb Peter Kösser die veränderte Situation. Schon gebe es auch in der Politik Vorschläge, dieses Geld für kommunale Investitionen zu verwenden, jedoch seien dies bisher nur einzelne Stimmen. "Noch ist da vieles im Fluss, aber in sechs bis acht Wochen wird es eine Richtung bekommen haben", meinte der Hirschberger, "also müssen wir jetzt Druck machen für unsere Vorschläge." Etwa, indem die BI's alle Abgeordneten bzw. Kandidaten der Parteien in ihren Wahlkreisen in offenen Briefen auffordern, in Sachen "Zwangsbeiträge" Farbe zu bekennen. "Die Parteien, die dann sagen, ihr spinnt wohl, die werden halt nicht gewählt", erklärte Kösser unumwunden.

Eindruck bei den Parteien hinterlasse man aber auch dann stärker, wenn sich die Bürgerinitiativen mit zahlreichen eigenen Bewerbern zur Kommunalwahl Anfang Juni stellen, mahnte der Aumaer Stadtrat Klaus Preußner an und fand breite Zustimmung. Eine größere Vertretung der BI's in Stadt- und Gemeinderäten sei zudem wichtig, um später einmal direkten Einfluss zum Beispiel auf Beschlüsse von Zweckverbänden nehmen zu können.

Für die Forderung nach einem Beitrags-Stopp werde man sich weitere Verbündete suchen. "Wir wollen keine Sekte bilden, sondern sind offen für alle, die unsere Ziele teilen", meinte Siegmund Borek. Deshalb werde sich der Aufruf auch an Verbände etwa von Wohnungsunternehmen und -besitzern, Gewerbetreibende und Landwirte richten.

Auch die Bürgerallianz Thüringen als Dachorganisation fast aller BI's werde sich "hundertprozentig" hinter das Anliegen stellen, erklärte BIRSO-Chef Kleindienst, der engen Kontakt zur Spitze der Bürgerallianz pflegt.

"Wir müssen mit dem Thema ´ne Massenbewegung werden", befand einer der Hirschberger Aktivisten, "nur dann bewegt sich was bei den Parteien." Über Fortschritte auf dem Weg dahin wollen die Initiativen am 12. Februar beim nächsten Treffen in Pößneck berichten.

## **OSTTHÜRINGER Zeitung**

**OTZ**.de

### **Später Morgen**

Kommentar von Jens Voigt

"Das ist jetzt wie ein neuer Morgen für die BI", urteilte ein Teilnehmer des Treffens der drei Bürgerinitiativen über die derzeitige politische Großwetterlage. Zugegeben: Selten waren die Umstände so günstig, endlich mit der Forderung nach Abschaffung von Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen Gehör zu finden. Zum einen, weil vor den Landtagswahlen kaum eine Partei die abgabenmüden Grundstückseigentümer mit sturem Beharren auf dem Beitragsprinzip brüskieren kann. Zum anderen, weil tatsächlich die Frage steht, warum kriselnden Banken und Konzernen das Geld fast bedingungslos nachgeworfen wird, während bei kommunalen Investitionen in Straßen und Kanäle der Bürger weiter mit zahlen soll.

Trotzdem ist Thüringen nicht Bayern, wo der Aufstieg der Freien Wähler den Abstieg der CSU einläutete. Die drei Bürgerinitiativen finden ein wenig spät zum gemeinsamen Nenner, um noch wahlwirksam zu werden. Zudem ist, von lokalen Aufwallungen abgesehen, das Thema Beiträge im Lande durch. Auch dank eines CDU-Wahlgeschenks von 2004.

09.01.2009 OTZ Zeulenroda